

8.6.2011 Vollversammlung

Mit 52 stimmberechtigten Anwesenden waren weniger als die Hälfte der VV-Mitglieder anwesend. Auf der Tagesordnung stand die Verabschiedung der Wahlprüfsteine der IHK und Handwerkskammer. Zu meinem Erstaunen war die von mir am 10.3.11 kritisierte Rekommunalisierung der Wasserbetriebe und die Privatisierung der landeseigenen Wohnungsgesellschaften nicht mehr in den Wahlprüfsteinen erwähnt. Es wurde aber darüber vom Podium auch kein Wort verloren. Ich wies nochmals darauf hin, dass in den Wahlprüfsteinen kein gemeinsames Interesse aller IHK-Zwangsmitglieder dargestellt werden kann und daher diese nicht öffentlich artikuliert werden dürften. Es kam zur Abstimmung durch Handzeichen. Ich war die einzige Gegenstimme.

Ich schreibe diesen Beitrag heute am 5.7.2011. Wer auf www.ihk-berlin.de nach Wahlprüfsteinen sucht, muss diese in die Suchanfrage eingeben. Dann findet man immer noch den Entwurf vom 10.3.2011 und nicht die verabschiedete Form.

Dieser Hinweis nur, um darzulegen, mit welcher Effizienz die IHK-Berlin sich um Transparenz in ihrem Internet bemüht. Es stellt sich ohnehin die Frage, welchen Sinn es macht, Wahlprüfsteine (Broschüre mit 78 Seiten) im Namen von 270.000 Unternehmen zu drucken und sie dann nur der Presse vorzustellen.

Aber zurück zur Vollversammlung:

Nach den Wahlprüfsteinen wurde ein 26seitiger Entwurf: „Berliner Haushaltspolitik 2020... Vorschläge der IHK Berlin zur Sanierung des Berliner Haushalts“ zur Diskussion gestellt.

Ähnlich wie die Wahlprüfsteine will auch hier die IHK im Namen ihrer Mitglieder darstellen, wie nach ihrer Ansicht ein Landeshaushalt saniert werden kann.

Darin wurde die in den Wahlprüfsteinen entfernte Forderung nach Privatisierung der landeseigenen Wohnungsgesellschaften wieder aufgeführt.

Nachdem auch hier ein Durchwinken durch die Vollversammlung drohte, meldete ich mich zu Wort.

Da das Protokoll auf meine Stellungnahme nicht näher eingeht, nachfolgend meine vorgetragenen Ausführungen:

Bei den Vorschlägen zum Papier „Berliner Haushaltspolitik 2020“ möchte ich auf einige Punkte eingehen:

:

In Fakt 4: Berlin hat ein Ausgabenproblem, um dann **in Fakt 6** zu erklären: „Baumittel werden nicht ausgeschöpft, d.h. nur zu 35% in 2010. Das ist ein Widerspruch, denn es hilft dem Haushalt, wenn Budgets nicht ausgeschöpft werden, sondern auf das Folgejahr übertragen werden. Das Ergebnis sind eingesparte Ausgaben.“

In Fakt 7 wird erklärt: „Es werden unangemessene Vergütungen und Zusatzleistungen ausgereicht“ Es stellt sich die Frage. Wie sind die Vergütungen innerhalb der IHK-Berlin geregelt. Entsprechen sie den Usancen der durchschnittlichen IHK-Zugehörigen? Was wissen wir als Kontrollorgan darüber?

In Fakt 9 heißt es: „Berliner Landesbeteiligungen weisen hohe Schulden aus“

Dann folgt eine Statistik für die Jahre 2004-2009: Die Zuführungen des Landes Berlin sind 2009 mit 660 Mio am geringsten in diesem Zeitraum, ebenso die Verbindlichkeiten. Zugleich aber sind die Investitionen in diesem Zeitraum am höchsten.

Diese Zahlen widersprechen der Kritik und weisen darauf hin, dass die Berliner Politik Anstrengungen unternimmt. Den Zahlen ist zu entnehmen, dass die Landesbeteiligungen im 5-Jahresvergleich erheblich an Effizienz gewonnen haben.

Die Berliner IHK gibt der Berliner Haushaltspolitik bis 2020 Vorgaben. Dabei sieht sie Splitter im fremden, aber ignoriert den Balken im eigenen. Auge. Einige Beispiele:

1. **Aufgabenkritik durchführen** Es wäre die Aufgabe dieser Vollversammlung die Ausgaben der Berliner IHK unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere bei der für 2010 angekündigten, aber verschobenen IT-Nachrüstung und bei den Outplacingskosten.

2. **Personalausgaben senken und Personal reduzieren**

Die Berliner IHK erhöht 2011 ihre Planstellen um fast 10 % und beschäftigt bei rund 220 Mitarbeitern 19 Geschäftsführer.

Beim Abbau der Personalausgaben im Berliner Haushalt um 480 Mio ist zu bedenken, dass es sich vielfach dann um Outsourcing von Dienstleistungen handelt. Das Ergebnis sind dann billigst bezahlte Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern, während die weggesparten Berliner Arbeitnehmer die Sozialkassen belasten.

3. **Unnötige Sachausgaben vermeiden**

Auch hier sollte die IHK die eigenen Sachausgaben prüfen, z.B. ob eine 90seitige Hochglanzbroschüre „20 Jahre Berliner Zusammenwachsen“ wirklich gebraucht wird.

4. **Die Berliner Immobilien Holding verkaufen**

Hier stehen Behauptungen im Raum, die wir als Vollversammlung nicht prüfen können. Insbesondere, weil auch dieses Ludwig-Erhard-Haus mit so genannter Zustimmung der Vollversammlung durch Fonds finanziert wurde, der den Zeichnern eine hohe sorgenfrei Rendite sicherte. Eine Stellungnahme zu so einem komplexen Thema, an der hier Taxiunternehmer, Restaurantbetreiber und Reisebüros beteiligt sind, wäre nicht qualifiziert genug. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass hier auch Einzelinteressen der Verfasser dieses Papiers eine Rolle spielen.

5. **Einnahmepotentiale der Finanzverwaltung erschließen:** es ist schon eine eigenartige Forderung der IHK im Namen der Berliner Gewerbetreibenden, die Zahl der Steuerprüfer zu erhöhen. Jede Steuerprüfung kostet Geld und Zeit. Wichtiger wäre eine konkret beschriebene Forderung, wie Steuergesetze zu vereinfachen wären.

6. **Effizienz der Landesbeteiligungen steigern und Privatisierungspotentiale prüfen**

Damit kommt ganz konkret die Forderung, die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu privatisieren wieder auf den Tisch, nachdem sie in den Wahlprüfsteinen - wohl aus politischem Druck - entfernt wurden.

Es wäre interessant einen Vergleich zu erarbeiten, wie effizient die Berliner IHK im Verhältnis zu mancher Landesbeteiligung ist.

7. **Krankheitsbedingte Fehlzeiten auf Normalmaß verringern**

Es ist schön, dass wir die Zahlen aus dem öffentlichen Dienst haben. Zu Transparenz gehört auch, dass die IHK die krankheitsbedingten Fehlzeiten ihrer Mitarbeiter offen legt. Diese Zahlen würde ich gern mit anderen etwa gleich großen Berliner IHK-Mitgliedsunternehmen vergleichen.

8. **Chancen von E-Government prüfen**

Sie schreiben: E-Government bietet zahlreiche Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse zu optimieren. Da sollte sich die IHK-Berlin das eigene Procedere vor Augen führen. Wenn man von der Berliner IHK sein Login für das interne Extranet haben möchte, muss man ein Formular ausfüllen und auf einen Brief warten. Dann erfährt man, dass man dort eigentlich gar nichts findet. Es ein denn man sucht VV-Protokolle, die aber wochenlang nicht abzurufen waren. Erst als ich intervenierte, kamen sie wieder ins Netz.

9. **Eigenkapital der ITDZ (IT-Dienstleistungszentrum) zurückführen:**

Die Berliner IHK hat ebenfalls ein fettes Finanzpolster. Die Begründung sind üppige Pensionsverpflichtungen. Auch hier müsste diese Vollversammlung die Ursachen, den Sachstand und die Verbesserungsmöglichkeiten hinterfragen.

10. **Teilprivatisierung von Gefängnissen und Objektschutz auf Umsetzbarkeit prüfen:**

Auch dieses ist kein Thema für die Vollversammlung, es ist hochpolitisch. Bekanntlich liegt das Gewaltmonopol beim Staat. Strafvollzug ist eine hoheitliche Maßnahme. Objektschutz wird auch heutzutage überwiegend von Polizeiangehörigen unter Federführung der beamteten Polizei geleistet. Sicher sind private Kietzstreifen zu diskutieren und auch Bürgerstreifen vermitteln manchen das Gefühl von mehr Sicherheit. Privatinitiativen sind zu befürworten, aber nur in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. Ich möchte jedenfalls hier in Berlin keine Blackwater-Rambos

Ich appelliere an Sie, die IHK-Leitung aufzufordern, sich auf ihre originären Aufgaben zu beschränken.

Die Berliner IHK muss demokratischer, transparenter und schlanker werden.

- Ende meiner Ausführungen –

Danach entwickelte sich noch eine Diskussion, die im Protokoll so dargestellt wird:

Das Forderungspapier wird mit großer Zustimmung von der Vollversammlung aufgenommen und im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus als konstruktiver Beitrag zur Haushaltspolitik gewertet. Des Weiteren werden von den 5/9 Diskussionsteilnehmern u. a. folgende Anregungen gegeben:

- Der Titel der Broschüre soll durch das Wort "jetzt" ergänzt werden, damit die Notwendigkeit zum sofortigen Handeln erkennbar wird.
- Die Forderung nach Privatisierung von staatlichen Wohnungsbaugesellschaften sollte noch einmal überprüft werden.
- Jährliche Evaluation und Veröffentlichung der Fortschritte bei der geforderten Haushaltskonsolidierung.
- Es wird angeregt, die Finanzverwaltung stärker für Absolventen aus anderen Fachrichtungen zu öffnen.

- Stärkere Thematisierung der Einnahmeverluste durch Schatten- und Schwarzarbeit.
- Der Verkauf von landeseigenen Betrieben soll nicht erfolgen, wenn dadurch lediglich der Anstieg der Zinsen für die Schulden gedämpft würde.
- Die Übersicht der identifizierten Einsparpotentiale (Seite 25 der Broschüre) soll um die Prognose erweitert werden, inwieweit damit Schulden getilgt würden.

125 Jahre DIHK

Im Anschluss wurde noch ein Film gezeigt, in dem der DIHK von Politikern verschiedener Couleur gelobt wurde. Der Film sollte witzig sein und es wurde „lustige Umfragen“ eingeblendet:

Beispiel:

Frage des Reporters an einen Jugendlichen:

„Was bekommt man in der Regel beim Griechen nach einer Mahlzeit im Restaurant?“

Antwort eines Jugendlichen: Durchfall

Hinweis: alle griechischen Restaurants in Deutschland sind IHK-Zwangsmitglieder.

So verstrich die Zeit, so dass unter Verschiedenes meine Themen nicht mehr behandelt werden konnten. Das Protokoll vermerkt:

Aktuelle Themen aus der Vollversammlung

Herr Dobat ist damit einverstanden, dass seine drei angemeldeten Themen:

- 1. Passworterteilung für den internen Mitgliederbereich,**
 - 2. Kommunikation der Protokolleinsichtsmöglichkeit in der "Berliner Wirtschaft" und**
 - 3. Wahlauswertung nach der IHK Wahl**
- auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Vollversammlung am 14. September gesetzt werden.**

Darüber wird im September zu berichten sein.